

wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Verhandlungspartner ist die EU-Kommission. Wir können ihr keine Vorgaben machen. Natürlich müssen wir aber darauf achten, dass die Umweltstandards und andere Standards bei uns eingehalten werden. Ich wäre schon froh, wenn wir in ganz Europa gleichmäßige Standards erreichen würden. Dies müssen wir intern versuchen. Wenn wir in Europa Schwierigkeiten mit Produktionsmethoden der Landwirtschaft haben – ich blicke bewusst in den Osten Europas – und nicht einmal in Europa die gleichen Standards erreichen können, können wir der EU-Kommission keine hohen moralischen Ansprüche mit auf den Weg geben.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Franz Rieger (CSU):** Wir können also der EU-Kommission nicht mit auf den Weg geben, unsere hohen moralischen Ansprüche als Vertragsbedingungen von vornherein in den Vertrag zu schreiben, wenn wir diese nicht einmal innerhalb Europas erfüllen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag mit Überzeugung ab.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächsten Redner darf ich den Kollegen Rinderspacher aufrufen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um bei diesem Tagesordnungspunkt dem folgenden Redner einen Glückwunsch auszusprechen. Heute feiert der Herr Kollege und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Markus Rinderspacher, einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich überlasse es Ihrem geneigten Urteil, zu entscheiden, welchen runden Geburtstag ich meine.

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, und dir, lieber Markus, alles Gute und viel Erfolg bei deiner parlamentarischen Arbeit. – Ich darf dir nun das Wort übergeben.

(Allgemeiner Beifall)

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, vielen Dank für die warmen Worte. Ich freue mich sehr darüber. In meiner Partei kommt es selten vor, dass man schon vor der Rede einen warmherzigen Applaus erhält.

(Heiterkeit)

Ich werde der SPD darüber berichten, dass mir im Bayerischen Landtag der warmherzige Beifall schon vor der Rede entgegengeschlagen ist. Ich weiß dies sehr zu schätzen. Um Herrn Dr. Heubisch zu ergänzen: Nein, ich werde heute noch nicht 60, auch wenn ich vielleicht so aussehe. Umso mehr freue ich mich, dass mich meine Fraktion beauftragt hat, heute gleich zwei schöne, gediegene Reden zu europapolitischen Angelegenheiten oder zur internationalen Politik zu halten.

Zunächst geht es um das Mercosur-Abkommen, das Abkommen der Europäischen Union mit dem südamerikanischen Staatenblock Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Dies wirft ein neues Schlaglicht auf die Verflechtung internationaler Handelsströme. Ich darf zum heutigen Zeitpunkt, Stand 18. Juli 2019 – das Datum werde ich mir gut merken können –, sagen, dass wir als SPD dieses Abkommen durchaus kritisch sehen. Wir sehen durchaus noch Luft nach oben und in vielen Bereichen noch die Notwendigkeit für Nachbesserungen.

Wir begrüßen es zwar, wenn Europa ein Zeichen gegen den Protektionismus von Donald Trump setzt und in Zeiten von Handelskriegen dem ein kooperatives Modell der internationalen Beziehungen entgegensetzt. Zölle und Handelsschranken abzubauen, ist grundsätzlich sinnvoll. Davon profitiert der Welthandel. In der Regel ist dies auch mit einer Hebung der Lebensverhältnisse in vielen Bereichen verbunden.

(Zuruf von der AfD: Der Reichen!)

– Tatsächlich nicht nur für die Reichen, wie beispielsweise Asien und China deutlich machen. In China sind allein in den letzten zwanzig Jahren 800 Millionen Menschen aus der Armut gekommen, auch in der Folge verbesserten Welthandels. Man sollte diese Angelegenheit deshalb nicht auf jene protektionistische Art und Weise, wie sie der AfD-Antrag deutlich macht, in die falsche Richtung lenken.

Ja, das Abkommen wurde zwanzig Jahre lang verhandelt. Eine der größten Freihandelszonen der Welt mit einem Markt von fast 800 Millionen Konsumenten kann entstehen. Leider wird im Antrag vergessen, dass davon auch bayerische Produzenten in vielerlei Hinsicht profitieren. Die bayerische Automobilindustrie, die bayerischen Maschinenbauer und die bayerische chemische Industrie werden ihre Produkte künftig deutlich besser und vermehrt nach Lateinamerika liefern können. Bayern als siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union ist deshalb auf solche Handelsabkommen angewiesen.

Nun gibt es allerdings auch das Aber. Das Mercosur-Abkommen wird auch für ein verstärktes Angebot an Lebensmitteln innerhalb der Europäischen Union sorgen. Allein der Fleischimport in die Europäische Union soll sich, so prognostiziert die EU-Kommission, in den kommenden Jahren verdreifachen. Um künftig noch mithalten zu können, müssen also die europäischen und auch die bayerischen Bauern billiger werden. Billiger zu werden, bedeutet allerdings in der Regel nicht mehr Klimaschutz, sondern eher weniger, sodass man die Folgewirkungen dieses Abkommens auch entsprechend abschätzen muss. Dies ist an diesem Abkommen zu bemängeln. Die Folgenabschätzung ist noch nicht hinreichend. Vor allem die Bereiche Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol gelten als sensibel.

Jährlich werden 99.000 Tonnen Rindfleischimporte genehmigt. Das entspricht einem Prozent des jährlichen Konsums innerhalb der Europäischen Union. Dies soll zusätzlich auf europäischem Boden konsumiert werden. Beim Zucker geht es um 190.000 Tonnen. Dabei haben bayerische und deutsche Rübenbauern und Zuckerunternehmen schon heute mit Wettbewerbsverzerrungen durch eine ungleiche Subventionspolitik innerhalb der Europäischen Union zu kämpfen.

Ein Umweltbedenken wollen wir auch hier ausdrücklich formulieren; denn wenn ein Anstieg der europäischen Nachfrage nach Rindfleisch, Soja und anderen mit der Entwaldung verbundenen Gütern tatsächlich zu erwarten ist, dann birgt dies natürlich insbesondere in Brasilien die Gefahr zunehmender Entwaldung. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Deshalb brauchen wir Standards bei Umwelt, Arbeit, Menschenrechten und Verbraucherschutz. Wenn es darum geht, Wandel durch Handel tatsächlich zu initiieren, dann bitte eben nicht nur den Handel, sondern auch den Wandel, in unserem Interesse. Das heißt: Nein zu Gewinnen auf Kosten von Arbeitnehmerrechten, nein zu Profiten auf Kosten von Umwelt und Klimaschutz und von Verbraucherrechten.

Deshalb gibt es bei diesem Mercosur-Abkommen noch sehr viel zu diskutieren, und es gibt entsprechenden Nachbesserungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)